Wilsdruffer Tageblatt

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage, abends 5 Uhr für den folgenden Tag. / Bezugspreis bei Selbstabholung von der Druckerei wöchentlich 20 Pfg., monatlich 70 Pfg., vierteljährlich 2,10 Mk.; durch unsere Austräger zugetragen monatlich 80 Pfg., vierteljährlich 2,40 Mk.; bei den deutschen Postanstalten vierteljährlich 2,40 Mk. ohne Zustellungsgebühr. Alle Postanstalten, Postboten sowie unsere Austräger und Geschäftsstelle nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. / Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Zeitungen, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Ferner hat der Inserent in den obengenannten Fällen keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. / Einzelverkaufspreis der Nummer 10 Pfg. / Zuschriften sind nicht persönlich zu adressieren, sondern an den Verlag, die Schriftleitung oder die Geschäftsstelle. / Unverlangte Zuschriften werden nicht berücksichtigt. / Berliner Vertretung: Berlin SW. 48.

Wochenblatt für Wilsdruff

und Umgegend.

Erscheint seit dem Jahre 1841.

Amts-Blatt

für die Königliche Amtshauptmannschaft Meißen, für das Königliche Amtsgericht und den Stadtrat zu Wilsdruff sowie für das Königliche Forstrentamt zu Tharandt.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Postscheck-Konto: Leipzig Nr. 28614.

Insertionspreis Pfg. für die 6gespaltene Korpuszeile oder deren Raum, Lokalpreis Pfg., Reklamen Pfg., alles mit 6% Teuerungszuschlag. Zeitraub- und tabellarischer Satz mit 50% Aufschlag. Bei Wiederholung und Jahresaufträgen entsprechender Nachlaß. Bekanntmachungen im amtlichen Teil (nur von Behörden) die Grundzeile 60 Pfg. bez. Pfg. / Nachweisungs- und Offertengebühr 30 bez. 30 Pfg. / Telephonische Inseraten-Aufgabe schließt jeden Reklamenanspruch aus. / Anzeigenannahme bis 11 Uhr vormittags. / Beilagengebühr das Tausend 6 Mk., für die Postausgabe Zuschlag. / Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr geleistet. / Offene Platzverkäufe 25% Aufschlag ohne Rabatt. / Die Rabattsätze und Netzpreise haben nur bei Bezahlung binnen 30 Tagen Gültigkeit; längere Ziel, gerichtliche Eintreibung, gerichtliches Anzeigen verfall. Inserenten bedingen sich Berechnung des Brutto-Zeilenpreises. / Offerte nicht sich früher ausdrücklich oder stillschweigend als Erfüllungsort Wilsdruff vereinbart ist, gilt es als vereinbart durch Annahme der Rechnung, falls nicht der Empfänger innerh. 8 Tagen, vom Rechnungstage an, Widerspruch erhebt.

Nr. 224. | Mittwoch den 25. September 1918. | 77. Jahrg.

Der amtliche Teil befindet sich auf der 4. Seite.

Feindliche Luftangriffe im August.

Kritische Tage.

Wer vom Reichstag oder seiner Mehrheit das Heil unseres Volkes erwartet, der kann jetzt die Ohren steif halten; der Hauptausschuß tritt am 23. d. M. zusammen, und neben den geschriebenen werden wir jetzt auch gesprochene Leitartikel genießen können über die drängenden Fragen der Zeit. Durch ein Meer von Unruhe sind wir in diesen Tagen gejagt worden; bald war es der Stand der preußischen Wahlrechtsfrage, durch dessen Duldung die Regierung des Grafen Hertling ihre Unfähigkeit erwiesen haben sollte, bald mußte die Note des Grafen Burian dazu herhalten, um gegen unsere Staatsleitung den Vorwurf der Schwäche zu begründen, — im allgemeinen aber gewann man den Eindruck, daß Elemente an der Arbeit waren, die um jeden Preis wieder innere Krisen heraufbeschwören wollten, wobei durchaus nicht persönliche Beweggründe unterstellt zu werden brauchen. Es mag schon Politiker geben, die sich das Zeug zutrauen, daß sie es besser machen würden als die Hertling und Hintze, als Bauer und Friedberg und die auf den Umstand, daß andere Leute anderer Meinung sind, kein entscheidendes Gewicht zu legen vermögen, denen es also um die Sache, und nicht um ihre Person zu tun ist. Auch das muß zugegeben werden, daß es den regierenden Männern bis jetzt nicht gelungen ist, uns dem Frieden näher zu bringen, und daß auch sonst ihre Leistungen manches zu wünschen übrig lassen. Aber ob wir besser fahren würden, wenn der Einfluß des Reichstags auf die Führung der Geschäfte noch über das bisherige Maß hinaus verstärkt würde? Diese Behauptung wird nur nach gelungener Beweisführung allgemeinen Anklang finden, und daran fehlt es bis jetzt, muß es fehlen in jeder Beziehung. Ist doch sogar ganz im Gegensatz dazu in diesen Tagen erst ernstlich die Anschauung vertreten worden, daß gerade seitdem die Regierung sich in so fühlbare Abhängigkeit vom Reichstag oder vielmehr von seiner Mehrheit begeben hat, ihr nichts rechtes mehr gelingen wollte. Auch für diese Auffassung ist man den Beweis allerdings schuldig geblieben, aber jedenfalls läßt sich nicht bestreiten, daß jeder weitere Schritt auf dem Wege zur Parlamentarisierung des Deutschen Reiches in unserem Volke heftige Gegenströmungen entfesseln muß. Wir kämen durch sie nicht dem inneren Frieden näher, auf den doch jetzt alles ankommt, sondern würden uns von ihm nur noch weiter entfernen; ob dafür der Eintritt eines oder mehrerer Mitglieder der Sozialdemokratie in die Regierung einen genügenden Ausgleich bieten könnte, bedarf eigentlich kaum der Erörterung.

Aber gleichviel — wir stehen vor einer neuen Aussprache zwischen Regierung und Volksvertretung, und nach allem, was die letzten Tage und Wochen uns gebracht haben, wird man von ihr in jedem Falle eine wohltuende Luftreinigung erwarten dürfen. Wie es heißt, will der Reichskanzler selbst sie mit einer Schilderung der Lage im Innern und nach außen einleiten. „Der alte Graf", wie man jetzt zuweilen geflissentlich sich auszudrücken liebt, hat den Meinungsstreit um sich her mit der Gelassenheit des vielerfahrenen Mannes ruhig toben lassen; hätte er vorzeitig eingegriffen, so hätte das gar nichts gefruchtet, die Leidenschaften wären vielmehr nur noch hitziger aneinandergeraten. Nun aber der Augenblick auch für ihn gekommen ist, wird Graf Hertling wohl Wert darauf legen, die Dinge beim rechten Namen zu nennen und unsere Verfassung, die in den Erörterungen der Parteipresse zuweilen völlig auf den Kopf gestülpt schien, wieder auf die Beine zu stellen. Man konnte ja manchmal schon glauben, daß wir in Deutschland keinen Kaiser und keinen Bundesrat mehr hätten, so sehr war zuletzt immer und nur vom Reichstag und nur von ihm die Rede. Auch daß das Lebensinteresse des Staates in einer Weltkrisis wie der jetzigen unbedingt dem Friedensbedürfnis der Massen oder dem Willen des Volkes — wenigstens desjenigen „Volkes", für das gewisse Blätter und Parteien immer das große Wort führen — vorangehen hat, das hat uns dieser Tage erst der demokratische Premierminister von Großbritannien wieder ins Gedächtnis zurückgerufen; oder vielmehr nicht uns, sondern seinen Landsleuten — ein Beispiel, das hoffentlich Graf Hertling so rasch wie möglich nachahmen wird. Er hat bisher immer noch verstanden, im rechten Augenblick das rechte Wort zu finden, und wer ihn in den letzten Tagen gesehen und gesprochen hat, der glaubt auch den kommenden Auseinandersetzungen im Hauptausschuß mit voller Zuversicht entgegensehen zu dürfen.

*

Wie verlautet, wird der am Dienstag zusammentretende Hauptausschuß eine Woche versammelt bleiben. Ob der Reichskanzler während der Besprechung das Wort ergreifen wird, steht, entgegen anderer Nachricht, durchaus noch nicht fest. Dagegen gilt als ziemlich sicher, daß der Staatssekretär des Äußeren v. Hintze in die Erörterungen eingreifen wird. Die Beratungen sollen öffentlich sein, soweit nicht die Reichsregierung etwaige besondere Mitteilungen vertraulich macht.

Graf Burians Gründe.

Die Veranlassung zur österreichischen Friedensnote.

Berlin, 23. September.

Der österreichisch-ungarische Minister des Äußern hat einem Vertreter des Berliner Tageblatt in einer Unterredung Aufschlüsse über die Gründe gegeben, die ihn bei Abfassung der letzten Note geleitet haben. Graf Burian legte seinen Standpunkt sehr eingehend dar. Er erklärte u. a.:

In einer Situation wie der gegenwärtigen, ist es von Zeit zu Zeit notwendig, mit Hilfe eines Reagenzmittels die Dinge klar hervortreten zu lassen. Die Note war ein solches Reagenzmittel, und ich glaube, sie hat bereits sehr beachtenswerte Erscheinungen zutage gefördert. Wilson hat offenbar so schnell geantwortet, weil er nicht wünschte, daß England und Frankreich ihm mit ihrer Antwort und ihren besonderen Wünschen dazwischenkämen. Er hat einer Verabredung zwischen ihnen vorbeugen wollen.

Natürlich ist die Wirkung des Mittels damit noch keineswegs erschöpft. Es wird ja jede Äußerung darüber, wie die Note auf die pazifistischen Kreise gewirkt hat, vorsichtig unterdrückt, aber es ist kaum daran zu zweifeln, daß in den kommenden Parlamentsdebatten, bei den englischen Wahlen usw. diese Wirkung sich bemerkbar machen wird.

Über den Zeitpunkt bestand zwischen uns und Deutschland volles Einvernehmen. Die deutschen Truppen im Westen haben die Hindenburg-Linie erreicht. Sie werden sie halten, und damit war eine Pause eingetreten. Das sind die Augenblicke, die man, wenn man handeln will, benutzen muß. Bei allem Vertrauen zu uns selbst und zu unserer militärischen Situation dürfen wir nichts unterlassen, was den Frieden näher bringen könnte. Wir wollen uns nicht später vorwerfen müssen, daß wir etwas versäumt haben. Die Absendung der Note war ein Schritt in diesem Sinne, aber es wird nötig sein, noch anderes zu tun. Bei Ihnen und ganz ebenso bei uns kann manches geschehen, was wenigstens zu einer Entspannung der Situation führen könnte. Wenn meinem Schritte auch der Erfolg versagt war, den Weg zum Frieden schon jetzt zu eröffnen, so wird mich dies nicht hindern, den beschrittenen Pfad weiter zu verfolgen.

Natürlich müsse, sagte Graf Burian, erst eine gewisse Pause vor diesen neuen Schritten eintreten. Man werde stets im vollsten Einvernehmen mit den Verbündeten handeln, aber man dürfe die Hände nicht in den Schoß legen und die Zeit ungenutzt verstreichen lassen.

Wachsende Kohlennot im Verbande.

Die Kohlennot nimmt in den Verbandsländern immer drohendere Formen an. Der „Economist" entwickelt in einem längeren Aufsatz die Gründe dafür und fordert die Bergleute sehr energisch auf, wenigstens ihrerseits nicht noch weiter zum Rückgang der Förderung beizutragen. Gegen die Wirkungen des U-Boot-Krieges, der den Schiffsraum versenkt und die Arbeiter durch die schlechtere Ernährung minder leistungsfähig macht, kann aber selbst der behgemeinte Aufsatz und die energischste Forderung nichts machen. In Italien wächst die Kohlennot riesenartig aus. Die Holzvorräte reichen schon lange nicht aus, den Bedarf zu decken, Bahnverkehr und Heizung sind auf das Allernötigste eingeschränkt. Dies alles schon im Sommer. Was wird der Winter bringen? Womit sollen die Leute feuern und kochen? Wie kritisch die Lage ist, beweist der Umstand, daß neuerdings (wohlbemerkt im Sommer!) eine Reihe von Munitionsfabriken wegen Kohlenmangels geschlossen werden mußten. Unter diesen Verhältnissen bleibt im Winter für den Hausgebrauch so gut wie nichts verfügbar, wenn nicht ganz besondere Zufuhren noch nach Italien kommen. Daß dies nicht geschieht, dafür werden die U-Boote sorgen.

*

Wilson wünscht einen vollständigen Sieg.

Bei einem Empfang von Politikern und Diplomaten erklärte Präsident Wilson u. a., daß er es für notwendig gehalten habe, der neuen Friedenspropaganda sofort die Spitze abzubrechen. Wörtlich sagte er:

„Wir haben einen vollständigen Sieg nötig, und Besprechungen können nicht zugelassen werden. Selbst wenn Österreich morgen käme, um zu erklären, daß es alle 14 Punkte meines Friedensprogramms annimmt, müßte ich auf meinem Standpunkt stehen bleiben. Wir können dem Wort unserer Feinde nicht glauben, wir brauchen etwas mehr als das Versprechen, daß sie Wort halten wollen. Es muß ihnen unmöglich gemacht werden, ihr Wort zu brechen."

In der französischen Hetzpresse herrscht natürlich ob dieser Erklärung heller Jubel und der „Matin" meint, alle Bundesgenossen sollten dieser Erklärung zustimmen. Tatsächlich sei kein Vertrag mit den Feinden von Wert, wenn diese stark genug bleiben, ihn brechen zu können.

*

Feindliche Luftangriffe im August.

Berlin, 23. September.

Im Monat August fanden insgesamt 46 Luftangriffe auf das Heimatgebiet statt. Von den Angriffen wurden fast nur offene Städte im Westen und Südwesten Deutschlands sowie die Industriegebiete im Saargebiet, Lothringen und Luxemburg betroffen. Im einzelnen wurden mit Bomben angegriffen: das lothringisch-luxemburgische Industriegebiet zwölfmal, das Saargebiet zehnmal, Trier und Umgebung fünfmal, Frankfurt a. M., Mannheim und Umgebung je dreimal, Koblenz und Umgebung, Karlsruhe, Offenburg und weitere Umgebung je zweimal, Düren, Hagenau, Worms, Darmstadt, Pirmasens, Zweibrücken und Köln je einmal.

Dank der Wirksamkeit unserer Schutzmaßnahmen gelang es dem Gegner in keinem Falle, an militärisch wichtigen Anlagen oder Betrieben nennenswerten Schaden zu verursachen. In Karlsruhe, Ludwigshafen, Trier, Dillingen und Diedenhofen entstanden an Gleisen leichte Beschädigungen, die keine Betriebsstörungen zur Folge hatten. Bei Esch rief ein Bombentreffer in einem Holzlager einen Brand hervor; der Betrieb wurde auch hier nicht unterbrochen. Dagegen war der Sachschaden an privatem Eigentum bei mehreren Angriffen, vor allem in Trier, Köln und Düren nicht unerheblich. Den Angriffen fielen im ganzen 79 Tote, 47 Schwer- und 66 Leichtverletzte zum Opfer.

Der Gegner bezahlte seine Angriffe mit schweren Verlusten. Am 13. August wurden aus einem Geschwader von 10 Flugzeugen 5, am 16. August ebenfalls 5, am 22. August aus einem Geschwader von 10 Flugzeugen 7 Flugzeuge abgeschossen. Im ganzen verlor der Gegner durch die Wirksamkeit unserer Abwehrmittel, insbesondere durch den Angriffsgeist unserer Jagdflieger 26 Flugzeuge.

Räumung östlich der Beresina.

Die deutsch-russischen Vereinbarungen.

Die in Wilna tagende deutsch-russische Grenzkommission hat am 15. September ihre Arbeiten beendet. Über die Räumung des Gebietes östlich der Beresina sind, wie die „Baltisch-Litauischen Mitteilungen" erfahren, Vereinbarungen zustande gekommen, nach denen das Land östlich der Beresina, südlich von Polotzk bis nördlich von Homel in fünf Abschnitten, entsprechend den nach Artikel 3 § 1 des deutsch-russischen Finanzabkommens vom 27. August 1918 in fünf Teilbeträgen zu überweisenden Barzahlungen, geräumt wird. Die Räumung beginnt im Norden mit dem Kreise Ljepjel und gibt in den ersten vier Abschnitten nach Süden fortschreitend die Bahn Orscha—Mohilew—Rogatschew und das Gebiet bis zum Flusse Drut frei. Mit dem fünften Abschnitt wird das Land westlich des Drut bis zur Beresina geräumt. Die Räumungen beginnen am 20. September 1918 und sollen am 28. Februar 1919 beendet sein. Die Schwierigkeiten, das in dem Räumungsgebiet befindliche deutsche Eigentum zurückzuführen, haben zur Gewährung von Räumungsfristen geführt, die nach der Tiefe des Abschnittes und der Menge des zurückzuführenden Gutes verschieden bemessen sind. Die Beresina bleibt auch nach der Räumung ganz im deutschen Besitz. An ihr östliches Ufer schließt sich die neutrale Zone an. Den Truppen wird die Benutzung des

Die Zahlen bedeuten die Reihenfolge der Räumung der einzelnen Gebiete.

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF